

DIE LINKE-IMPULSE

Zeitung des Kreisverbandes Märkisch-Oderland

DIE LINKE. muss soziales Profil zeigen



Fortführung der rot-roten Koalition in Brandenburg nach den hohen Stimmverlusten für DIE LINKE. bei den Landtagswahlen in Brandenburg – ja oder nein, für oder gegen den vorliegenden Koalitionsvertrag – das diskutierten Genossinnen und Genossen aus Märkisch-Oderland am 18. Oktober auf ihrer Gesamtmitgliederversammlung in Strausberg.

Mit der Vorsitzenden des Kreisverbandes der LINKEN, Bettina Fortunato, sprach Renate Adolph:

Bettina, wie war dein Gesamteindruck von der Beratung?



Ich habe mich sehr gefreut, dass über 120 Mitglieder nach Strausberg gekommen sind. In Gesprächen nach der Versammlung meinten viele, dass sie von der offenen kritischen und selbstkritischen Atmosphäre sehr angetan waren. In den letzten Wochen habe ich mehrere Veranstaltungen unserer Partei in verschiedenen Orten miterlebt. Die in Strausberg war die lebendigste. Das bestätigte mir auch unser Gast, Genosse Helmuth Markov, Mitglied der Verhandlungsgruppe zum Koalitionsvertrag.

Welche Tendenzen zeigten sich während der Aussprache?

Die Diskussion verdeutlichte, dass der vorliegende Koalitionsvertrag sehr wohl gelesen

wurde – trotz der mehr als 70 Seiten. Ich denke, die Mitglieder des Kreisverbandes werden mehrheitlich dem Vertrag zustimmen. Das haben auch alle Redner de facto zum Ausdruck gebracht. Natürlich gab es Nachfragen, warum die eine oder andere Formulierung etwas allgemein gehalten ist, warum sich Aussagen aus dem Wahlprogramm nicht gleichlautend im Koalitionsvertrag wiederfinden.

Bei aller Kritik an bestimmten Passagen hat jeder Diskussionsredner klar zum Ausdruck gebracht, dass dieser Vertrag zwischen LINKE und SPD ein Kompromiss ist. Das finde ich insofern bemerkenswert, weil so auch die Frage zur Regierungsbeteiligung der Brandenburger LINKEN eindeutig beantwortet wurde.

Natürlich spielte auch das geringe Ergebnis unserer Partei bei der Landtagswahl eine Rolle. Wir stimmten überein, dass die Analyse noch längst nicht beendet sein darf, dass ein Weiter-wie-bisher nicht die richtige Reaktion ist und dass wir uns auf keinen Fall als Partei zurückziehen dürfen.

Wenn wir als Regierungspartei erfolgreich sein wollen, dann müssen wir zwei Dinge verbinden: Die soziale Veränderung des Landes vorantreiben und den Dialog mit den Menschen wieder mehr praktizieren.

Worum ging es den Genossinnen und Genossen vor allem?

Interessanterweise sind auch die Probleme

aufgetaucht, bei denen wir uns als Regierungspartei in den letzten fünf Jahren teilweise die Zähne ausgebissen haben, weil sie nicht in unserem Sinne mit der SPD zu lösen waren. Stichwort: Altanschießer. Und dann fällt natürlich auf, dass diese Problematik im neuen Koalitionsvertrag nicht mehr auftaucht.

Erwartet wird eine Lösung des Problems Wasser/Abwasser. Einigen Genossen gingen bestimmte Formulierungen im Vertrag nicht weit genug, Stichwort Schule. Da sei nicht wirklich was Neues gelungen, weil auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule immer noch nach der 6. Klasse die Schule gewechselt werden müsse.

Dann gibt es natürlich eine große Unsicherheit mit eventuellen Neuzuschnitten der Kreise. Eine Frage hier: Wo sitzt künftig, die für den Bürger zuständige Verwaltung?

Bemängelt wurde das Fehlen der Kinder- und Jugendparlamente im Koalitionsvertrag genauso wie das Fehlen der Vokabel „berlinnaher Raum“. Das haben die Genossen dieser



Fortsetzung v. Seite 1

Region offensichtlich mehrheitlich so empfunden, weil sie sich unter der Vokabel „ländlicher Raum“ – und die steht tatsächlich so im Koalitionsvertrag – nicht richtig berücksichtigt fühlen.

Worin siehst Du die Ursachen für das Absinken des Wählerpotentials für unsere Partei?

Bei uns in MOL hatten wir drei linke Abgeordnete, die die Region und ihre Menschen im Landtag aktiv vertreten haben Sie waren über fünf Jahre stetig in den Wahlkreisen unterwegs. Aber die dabei erzielten Ergebnisse sind am 14. September offensichtlich der SPD zugeordnet worden. Mir scheint, dass es nicht gelungen ist, diese Arbeit immer auch als unsere Arbeit zu kommunizieren, nach dem Motto: „Wer hat's erfunden?“ oder „Wer hat's geregelt?“. Und sich beim Kommunizieren nur auf die Medien zu verlassen, ignoriert, in wessen Händen sich diese befinden.

Gleichzeitig wurde DIE LINKE. offensichtlich als sozial-ökologische Partei in der Bevölke-



rung zu wenig wahrgenommen. Ich nenne da als Stichwort die Kohle.

Als ganz wesentliches Defizit empfinde ich, dass uns ein richtiges Wahlkampfthema gefehlt hat, eines das wirklich mobilisiert.

Haben wir als LINKE wirklich vermocht zu erklären, was wir mit „sozialem“ Brandenburg meinen. Ich hab das Gefühl, dass wir vielleicht zu formal mit dem Begriff umgegangen sind, emotionslos, schematisch, ideenlos.

Welche Schwerpunkte stehen vor der Partei in den kommenden Jahren zur Rückgewinnung des Wählervertrauens?

Da bediene ich mich gern eines Zitates von Sascha Krämer und Sebastian Walter, zwei jungen Kreisvorsitzenden aus Potsdam und Barnim. Von ihnen war vor ein paar Tagen im Neuen Deutschland zu lesen:

„Gesellschaftliche Mehrheiten müssen gewonnen werden, nicht nur in Umfragen. Auf der Straße, im Kleingartenverein und auch an einigen Stammtischen. Wenn die LINKE es ist, die an diesen Debatten teilnimmt und eine Rolle spielt, wenn sie nicht nur Korrektiv, sondern Motor eines sozialen Wandels ist, dann werden wir auch wieder erfolgreich sein. Wir stehen vor einem Erneuerungsprozess auf allen Ebenen.“

Mehr Mobilität mit den Öffentlichen

Alle Parteien hatten bei den Landtagswahlen die Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) als wichtigen Bestandteil der Daseinsvorsorge zu einem hervorgehobenen Wahlkampfthema gemacht.

Wenn auf der nächsten Sitzung des Kreistages Märkisch-Oderland im November der Nahverkehrsplan für den ÖPNV unseres Landkreises 2015–2019 beraten und beschlossen wird, können vor allem die LINKEN konkrete Forderungen für bessere Anbindungen geltend machen. Sie und insbesondere unser Bürgermeister Dr. Uwe Klett hatten sich bereits im Vorfeld für mehr Mobilität stark gemacht.

Immerhin wurde im Wirtschaftsausschuss einstimmig empfohlen, Änderungsvorschläge der LINKEN in das Ausgangsdokument einzuarbeiten.

Die Anträge betreffen bessere Busverbindungen angesichts der anstehenden 20-min-Anbindung des S-Bahnhofs Strausberg Nord mit Mindeststandard der Kategorie A. Außerdem soll für effizientere Shuttleverbindungen vom Bahnhof Seelow-Gusow nach Seelow Zentrum sowie vom Bahnhof Müncheberg nach Müncheberg Zentrum für die gesamte Betriebszeit der Regionalbahn ab 4.30 Uhr bis 22.30 Uhr eine mit der Regionalbahn eingetaktete Busbedienung sorgen.

Ebenfalls Zustimmung fand ein Vorschlag der Gemeinde Prötzel für eine effektivere Anbindung auf der Linie Wriezen – Strausberg Nord vor allem für die Berufspendler von 5 bis 10 Uhr und von 15 bis 20 Uhr. Dieser Antrag wurde letztlich von CDU und SPD eingebracht.

Bessere Busverbindungen im berlinnahen Raum gefordert

Keine Mehrheit fand dagegen unser Vorschlag, die im Entwurf als Kategorie B im NVP ausgewiesenen Buslinien im näheren Verflechtungsraum (Hoppegarten/Neuenhagen/Altlandsberg/Fredersdorf-Vogelsdorf/Petershagen-Eggersdorf) in die Kategorie A einzuordnen, um eine höhere Fahrtichte zu erreichen. Genau das fordern aber die betreffenden Gemeinden. Die Bürgermeister haben sich in einem gemeinsamen Brief nun noch einmal an den Landrat gewandt. Die LINKE wird diesen Vorschlag als Fraktion nochmals in den Kreistag einbringen.

Kommunen sollten sich mehr engagieren.

Insgesamt war die Beteiligung der Kommunen an der Gestaltung des Nahverkehrsplanes unterschiedlich. So sieht die größte Stadt des Landkreises, Strausberg, keinen Handlungsbedarf.

Die Verwaltung hat im Wesentlichen den gegenwärtigen Ist-Zustand als das Maximale für die Entwicklung bis 2019 dargestellt. Bei Vergleichen mit den Kreisen im Land Brandenburg oder teilweise mit der Bundesrepublik wurde festgestellt, dass wir im Durchschnitt liegen.

Mir reicht die Festschreibung des Durchschnitts nicht, wenn ich die Weichen bis 2019 stelle. Kreis und Kommunen haben die Möglichkeit, hier wirklich zu gestalten und sich aktiv einzubringen.

Bernd Sachse
Mitglied der Kreistags-
Fraktion DIE LINKE. und
Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des
Kreistages MOL



Enkelmann über Denkfabrik und Wissenspeicher Luxemburg-Stiftung

Denkfabrik, Projektträger, Wissenspeicher – all das und viel mehr ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung, erläuterte deren Vorsitzende, Dr. Dagmar Enkelmann, kürzlich bei der LINKEN in Hoppegarten.

Täglich bietet die Stiftung, die der LINKEN nahesteht, Veranstaltungen zu gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, internationalen, regionalen, kommunalen und kulturellen Themen an. Die rund 200 Mitarbeiter sorgen zudem für Publikationen, betreuen über 1000 Stipendiaten an Hochschulen und vermitteln einen Dialog in 18 Regional- und 83 Auslandsbüros. Auf ihren Internetseiten www.rosaluxemburgstiftung.de kann man sich über aktuelle Wahlergebnisse oder authentische Analysen aus Krisengebieten wie Griechenland oder der Ukraine informieren. – **Sollten wir doch viel mehr nutzen!** – Dagmar Enkelmann fasste zusammen: Die Stiftung organisiert politische Bildung, verbreitet



Kenntnisse über gesellschaftliche Zusammenhänge in einer globalisierten, ungerechten und unfriedlichen Welt. Sie ist ein Ort kritischer Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus, ein Zentrum programmatischer Diskussion über einen zeitgemäßen demokratischen Sozialismus, ein sozialistischer Think-Tank politknaher Alternativen. Sie bildet ein Forum für einen Dialog zwischen linkssozialistischen Kräften, sozialen Bewegungen und Organisationen, linken Intellektuellen und Nichtregierungsorganisationen. Ganz im Sinne von Rosa Luxemburg gebe die Stiftung Impulse für selbstbestimmte gesellschaftliche politische Aktivität und unterstützt das Engagement für Frieden und Völkerverständigung, für soziale Gerechtigkeit und ein solidarisches Miteinander.

Renate Adolph

Asylbewerber in Müncheberg willkommen!



An der Veranstaltung nahmen auch der Landrat von Märkisch-Oderland, Gernot Schmidt (SPD), und sein Beigeordneter, Lutz Amsel (DIE LINKE.), teil.

Das war der Tenor auf einer Bürgerversammlung im September 2014 mit etwa 250 Teilnehmern. Schließlich werden in nächster Zeit etwas mehr als 100 Asylbewerber in Müncheberg erwartet.

Bürgermeisterin, Dr. Uta Barkusky (DIE LINKE.), hatte zu der Veranstaltung eingeladen, um die Bürgerinnen und Bürger der Stadt aus erster Hand zu informieren, ihnen Gelegenheit zu geben, Fragen zu stellen und ihre Meinungen zu äußern.

Sie betonte in ihrer Begrüßungsrede, dass vor allem Kriege viele Menschen zur Flucht zwingen. Kriege werde es geben, solange mit Waf-

fen Profit gemacht, Waffen in Krisengebiete exportiert werden. Die Bundesrepublik trage daher eine Mitschuld am Leid von Menschen, die vor Kriegen aus ihrem Land fliehen, um ihr Leben zu schützen.

Die Deutschen haben zum Ende des Zweiten Weltkrieges selbst bittere Erfahrungen mit Flucht und dem Verlust der Heimat gemacht, wie ein Bürger der Stadt hervorhob. Viele Menschen kamen von jenseits der Oder. Sie wurden nicht immer willkommen aufgenommen, fanden aber letztlich eine neue Heimat, so auch in Müncheberg.

Fremde Kulturen bieten Chancen

In der Versammlung wurden viele Fragen gestellt, insbesondere zur Unterbringung, Sicherheit, gesundheitlichen Versorgung, Eingliederung der Kinder und Jugendlichen der Flüchtlingsfamilien in Kitas und Schulen und zur Möglichkeit der Beschäftigung der Asylbewerber.

Ein Vertreter der Polizei unterstrich, dass angesichts der Erfahrungen in den letzten Jahren im Landkreis geäußerte Ängste vor einer zunehmenden Kriminalität völlig unbegründet seien. Einige Bürger warnten davor, die ankommenden Menschen vorzuverurteilen, sie gar zu kriminalisieren. Fremde Kulturen bieten auch die Chance, einander besser kennenzulernen, wie ein Redner aus eigenem Erleben berichten konnte.

Willkommenskultur entwickeln

Viele Münchebergerinnen und Müncheberger bekundeten mit Worten und Applaus, dass Menschen in Not unserer Hilfe bedürften und es wichtig ist, eine Willkommenskultur zu entwickeln.

Drei Tage nach der Bürgerversammlung berieten etwa 25 Interessierte, was für die Neuankommlinge getan werden könne. Die ersten Asylbewerber sind inzwischen eingetroffen. Sie kommen aus den Kriegsgebieten Syriens und des Irak. Die z. T. traumatisierten Menschen waren überwältigt von der Herzlichkeit des Empfangs, der ihnen bereitet wurde. So soll es auch bleiben.

Die Bürgermeisterin und die MünchebergerInnen werden alle Initiativen unterstützen, die Toleranz und Solidarität fördern.

Dr. Dietmar Barkusky

Gedanken zur Gesamtmittgliederversammlung



Postfach

Schade, dass die Ausführungen von Helmuth Markov zum Koalitionsvertrag nur ca. 100 Zuhörer gefunden haben und nicht

100 000. Denn die Erklärungen waren doch ziemlich einleuchtend. Auch die Darstellung der Erfolge der Koalition in der vergangenen Legislaturperiode hatte ich bis dato so noch nicht gehört. Und sicher auch nicht die vielen Wähler, die uns vor fünf Jahren ihre Stimme gegeben haben und sich bei dieser Wahl enttäuscht anderen Parteien oder dem Lager der Nichtwähler zuwandten.

Nach der Gesamtmittgliederversammlung hat sich meine Position zum Koalitionsvertrag doch erheblich verändert, so dass ich trotz der noch vorhandenen Bedenken meine Zustimmung gegeben habe.

Was mir trotzdem nicht aus dem Kopf geht, ist der Umgang unserer Partei mit dem deprimierenden Wahlergebnis. Das betrifft vor allem die ersten Reaktionen aus dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion, die da verlauten ließen, dass man es jetzt, im zweiten Anlauf, bes-

ser machen werde. Und das mit dem gleichen Personal und offensichtlich auch mit der gleichen Herangehensweise an die Arbeit des Landesverbandes. Ja nichts verändern, vor allem nicht beim Personal, das könnte als Zeichen der Schwäche gewertet werden. Dabei hat niemand vordergründig daran gedacht, „Köpfe rollen“ zu lassen. Aber etwas mehr Kritik an der Arbeit der Partei seit den letzten Wahlen, einschließlich der Wahlkampfführung würde unserem Landesvorstand sicher gut zu Gesicht stehen. Oder wie wollen wir sonst bis zur nächsten Wahl aus dem Tief herauskommen?

Wahlkämpfe werden zwischen den Wahlen gewonnen

Die Forderung, dass sich die Partei auch trotz eines Koalitionsvertrages kritisch zur Landespolitik der Regierung und des Koalitionspartners äußern darf, kommt nicht erst jetzt. Es muss doch möglich sein, Forderungen aus dem Wahlprogramm, die keinen Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden haben, weiterhin im öffentlichen Bewusstsein zu halten, um auch den Wählern zu signalisieren, dass da noch mehr zu erreichen ist. Aber wer soll das tun, wenn der Landesvorsitzende Minister oder auch nur Fraktionsvorsitzender ist?

Mit dem Koalitionsvertrag unterschreibt doch die Partei kein Stillhalteabkommen. Es ist doch erlaubt, mit politischen Forderungen weiter zu gehen, als der Kompromiss vorsieht. Da könnten doch die Forderungen nach Ausstieg aus der Braunkohleverstromung oder die Änderung des Gesetzes zur Altanschließungsabzocke, nach mehr Nachruhe am BER und anderer aktuell werdender Probleme thematisiert werden. Auch ist es opportun, den Koalitionspartner immer mal daran zu erinnern, was aus dem eigenen Wahlkampfprogramm dem Kompromiss zum Opfer gefallen ist. Und das nicht nur, wenn überhaupt, in der heißen Wahlkampfphase. Aber selbst in dieser Phase, die ja eigentlich nie richtig heiß war, haben wir das Missfallen der SPD nicht erregen wollen, aus Angst, dass sie sich von uns abwenden könnte.

Wir kamen als pflegeleichter Partner zum Zuge und werden sicher weitere fünf Jahre „sozial und demokratisch“ (so Christian Görke in seinem Brief an die Mitglieder), also sozialdemokratisch mitregieren können.

Aber ich denke, Wahlen werden zwischen den Wahlkämpfen gewonnen – oder auch verloren. Und mit dem Gewinnen im doppelten Sinne sollten wir bald anfangen.

Wolfram Wetzig, Strausberg

Bürgerbüros**Kerstin Kaiser (MdL)**

15344 Strausberg
Große Straße 45
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Fax: (0 33 41) 31 47 75
Mo.–Do. 9–16 Uhr
info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.e

Geschäftsstellen**Bad Freienwalde**

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 34 66
www.dielinke-frw.de
Öffnungszeiten:
Di. 9–12 Uhr

Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9–12 Uhr
e-mail: info@dielinke-mol.de

LinksTreff**LinksTreff Seelow**

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
e-mail: info@dielinke-seelow.de
www.dielinke-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. – Mi. 9–12 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Bettina Fortunato
Tel. 0 33 41-31 17 96

E-Mail: impulse@dielinke-mol.de

Redaktion: Renate Adolph

Layout u. Satz: Fortunato Werbung

www.fortunato-werbung.de

Fotos/ Grafik: DIE LINKE. MOL, privat

5 Min Info



STOP
TTIP

SELBSTORGANISIERTE

EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE
GEGEN TTIP UND CETA

Wir lassen uns nicht bremsen!

Die EU-Kommission verweigert uns eine offizielle Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen TTIP und CETA. Jetzt organisieren wir sie zusammen mit 250 Organisationen aus ganz Europa einfach selbst! Das Ziel: Mehr als eine Million Unterschriften – damit die Handels- und Investitionsabkommen politisch nicht mehr durchsetzbar sind.

Unterzeichnen Sie jetzt...

Wir fordern die Institutionen der Europäischen Union und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu stoppen, sowie das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada nicht zu ratifizieren.

Wichtigste Ziele:
Wir wollen TTIP und CETA verhindern, da sie diverse kritische Punkte wie Investor-Staat-Schiedsverfahren und Regelungen zur regulatorischen Kooperation enthalten, die Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen. Wir wollen verhindern, dass in

intransparenten Verhandlungen Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Datenschutz und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie öffentliche Dienstleistungen (z. B. Wasserversorgung) und Kulturgüter dereguliert werden.

Die selbstorganisierte EBI unterstützt eine alternative Handels- und Investitionspolitik der EU.

<https://www.campact.de/Stop-TTIP-EBI>

Unterschriftenlisten liegen auch in der Geschäftsstelle des Kreisverbandes DIE LINKE. aus.

Märkisch-Oderland gegen Freihandelsabkommen

Keine Freihandelsabkommen auf Kosten der Kommunen, der Landwirtschaft und des Grundwassers – heißt es in einem Antrag der LINKEN, den der Kreistag Märkisch-Oderland auf seiner November-Sitzung berät. Mit dem entsprechenden Beschluss fordert der Kreis wie bereits andere Landkreise die Staatsregierung sowie sämtliche politischen VertreterInnen auf Landes- und Bundesebene auf, sich in Berlin und Brüssel für einen Abbruch der Verhandlungen über die Abkommen TTIP, CETA und TiSA und für ein alternatives Verhandlungsmandat der Kommission in der Handelspolitik einzusetzen.

Verhindert werden muss:

- die Beschneidung der Kommunen, öffentliche Dienste wie die Wasserversorgung zu erhalten, wiederzubeleben, zu rekommunalisieren, auszuweiten und neu zu schaffen
- die weitgehende Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen
- die Vereitelung einer Reform des Vergaberechts im Sinne der kleinen Kommunen, der regionalen Wirtschaftsförderung sowie im Sinne stärkerer sozialer und ökologischer Kriterien
- die Marktöffnung für Agrarprodukte und damit die direkte Konkurrenz für ansässige Agrarunternehmen, Familienbetriebe und ökologisch wirtschaftende Betriebe
- die Öffnung des europäischen Markts für Lebensmittel, die mit Gentechnik, Wachstumshormonen oder in der EU nicht zugelassenen Pestiziden produziert wurden
- die Förderung von Erdgas mit Hilfe der sogenannten Fracking-Technologie.



In Hoppegarten warnte die Wirtschaftswissenschaftlerin und langjährige Bundestagsabgeordnete, Frau Prof. Dr. Christa Luft energisch vor TTIP, das amerikanischen Unternehmen in Europa Tür und Tor öffnet.

„Zwischen allen Stühlen“

Ein unterhaltsames literarisch-musikalisches Programm zur Erinnerung an Erich Kästner (1899–1974) mit Erika und Manfred Schulz.

Kopernikanische Charaktere gesucht

Wenn der Mensch aufrichtig bedächte:
daß sich die Erde atemlos dreht;
daß er die Tage, daß er die Nächte
auf einer tanzenden Kugel steht;
daß er die Hälfte des Lebens gar
mit dem Kopf nach unten im Weltall hängt,
indes sich der Globus, berechenbar,
in den ewigen Reigen der Sterne mengt, -
wenn das der Mensch von Herzen bedächte,
dann würd' er so, wie Kästner werden möchte.



Am 12. November 2014 um 18.30 Uhr
In der Geschäftsstelle DIE LINKE
Strausberg, Große Straße 45

+ + Termine + +

- 13.11.** 15 Uhr **IM GESPRÄCH mit Dorothea Giese**, Dozentin für erwachsengerechte Aus-, Fort- und Weiterbildung an der Schule für Gesundheitsberufe Eisenhüttenstadt, Linkstreff Seelow, Breite Straße 9
- 15.11.** 8.30 Uhr **Energiesparen und Erneuerbare Energien im Eigenheim** Energiebüro MOL, Strausberg, TP6 Büro- und Konferenzhaus STIC, Garzauer Chaussee 1a
- 17.11.** 19 Uhr Bürgermeister **Karsten Knobbe** (DIE LINKE.) **im Gespräch**, DIE LINKE. Hoppegarten, Hoppegarten, Haus der Generationen, Lindenallee 14
- 22.11.** 10 Uhr **KLUBGESPRÄCH** zum Thema „Innere Sicherheit“ mit dem linken Landtagsabgeordneten und Ex-Polizisten, **Dr. Andreas Bernig**, Seelow, Klub der Volkssolidarität Puschkinplatz,
- 29.11.** 10–14 Uhr **2. Tagung des 4. Kreisparteitages DIE LINKE. MOL**, Müncheberg, ZALF, Kantine, Eberswalder Str. 84
- 04.12.** 18 Uhr **Buchvorstellung Plan - Markt - Demokratie**, DIE LINKE. Strausberg, Strausberg, Große Straße 45